Montag, 11. Mai. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 8504. 1874.

Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 ℛ 15 Sgr. Auswärts 1 ℛ 20 Sgr. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 Sgr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüßler; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchh.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Pest, 10. Mai. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde der Antrag des Delegirten Groß auf Streichung des Postens eines Botschafters bei der Curie abgelehnt, nachdem Graf Andrassy erklärt hatte, daß Oesterreich kein geringes Interesse habe, das Recht der diplomatischen Vertretung bei dem Oberhaupte der katholischen Kirche auszuüben, da keine andere Macht auf dieses Recht verzichtet habe. Die Verschmelzung der Botschaft bei der Curie mit der Gesandtschaft am italienischen Hofe sei angesichts der notorischen Beziehungen zwischen dem letzteren und der Curie absolut unthunlich.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

♯ Berlin, 10. Mai.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife ist eine Maßregel, welche volkswirthschaftlich weit schwerer in das Gewicht fällt, als alle Steuererleichterungen aus den letzten Jahren. Vor einem Jahr schien dieselbe noch in so weiter Form zu liegen, daß man sich im preußischen Landtage eine weitere Herabsetzung der Tarife von der Vermehrung der Staatseisenbahnen versprach und zu diesem Zweck mit Freuden 120 Millionen bewilligt. Gerade die Staatsbahnen aber haben sich als die eigentlich treibende Kraft zur Erhöhung der Tarife erwiesen. In Süddeutschland, wo es mit den Finanzen knapper steht, machten die Staatsbahnen mit der Erhöhung den Anfang. Als dann im November das Budget pro 1874 dem preußischen Landtage vorgelegt wurde, spielte zuerst der Finanzminister auf eine Erhöhung der Tarife an. Gleichwohl ergaben die preußischen Staatsbahnen (mit Ausnahme der Westphälischen) bis dahin noch Mehreinnahmen gegen das Vorjahr. Freilich machten die mit den Kohlen- und Eisenpreisen sowie mit den Löhnen gestiegenen Ausgaben jenen den Gewinn streitig. Dem preußischen Landtage — es ist dies für unseren Constitutionalismus recht bezeichnend — steht auf die Festsetzung der Tarife kein Einfluß zu, obwohl die Einnahmen der Staatsbahnen die Einnahmen aus sämmtlichen directen Staatssteuern übersteigen. Allerdings hätte die Regierung gern gesehen, wenn der Landtag durch eine Resolution es übernommen hätte, das Gehässige, was eine Tariferhöhung immerhin mit sich bringt, tragen zu helfen. Indeß warum sollte der Landtag, dem ein Recht Steuern zu erlassen nicht zusteht, sich für Einnahme-Erhöhungen gerade begeistern? Sogar das Herrenhaus lehnte eine desfallsige Resolution mit 58 gegen 15 Stimmen ab. Inzwischen rückten die Privatbahnen mit Denkschriften und Petitionen den deutschen Finanzministern zu Hilfe. Gingen die Staatsbahnen mit Tariferhöhungen vor, so konnte man sie nicht mehr der Ausbeutung des Publikums anklagen. Andererseits bedurften wenigstens die preußischen Bahnen nach dem Gesetz von 1838 zu Tariferhöhungen staatlicher Genehmigung. Der Reichskanzler Fürst Bismarck erwies sich noch immer schwierig. Im Reichskanzleramt trug man sich noch immer mit großen Plänen, nach dem Muster des in den Reichslanden eingeführten einheitlichen Wagenraumtarifs das gesammte deutsche Tarifwesen umzugestalten. Man vertröstete die Bahnen einstweilen bis zur Aufmachung der Abschlüsse pro 1873. Der Abschluß ergab aber gerade für die Reichseisenbahnen trotz des gerühmten Mustertarifs überraschend ungünstige Ergebnisse; die elsaß-lothringischen Bahnen deckten kaum die Betriebskosten, geschweige denn, daß sie das Anlagekapital verzinsten. Angesichts des bevorstehenden Wachsthums der Militäretats wurden damit auch der Reichskanzler Interessent für Tariferhöhung. Inzwischen gestalteten sich die Abschlüsse in den ersten Monaten 1874 immer ungünstiger. Vom März ab blieben die Einnahmen hinter dem Vorjahr zurück; mit Ausnahme der Ostbahn zeigten auch alle preußischen Staatsbahnen Mindereinnahmen. Nun entschloß man sich im Reichs-Eisenbahnamt, die Frage einer generellen Tarifreform von der Frage der sofortigen procentualen Erhöhung der Tarife zu trennen. Zudem hatte das Reichskanzleramt wohl die Tarifbewegung in den Einzelstaaten eine Weile aufhalten können; ein Recht, überhaupt Tarife festzusetzen, steht dem Reichskanzler und auch dem Bundesrath in keiner Weise zu. Rechtlich hatten die Reichsorgane auch keine Befugniß eine Tariferhöhung, sobald sie eine Einzelregierung einmal gestatten wollte, aufzuhalten. Die neuerlich vom Reichs-Eisenbahnamt ergangenen Rescripte haben daher weiter keine Bedeutung, als daß sie eine Verständigung der Regierungen über die ihrerseits innezuhaltende Tarifpolitik bekunden. Danach will man von dem Rechte, Tariferhöhungen zu verbieten, wo solches wie in Preußen besteht, keinen Gebrauch machen, sofern die Erhöhung nicht 20 Procent übersteigt und Getreide, Kartoffeln und Salz ausschließt. Wollen die Eisenbahnen demnach Tariferhöhungen vom 1. Juli ab einführen, so müssen sie nach preußischem Gesetz dies 6 Wochen vorher, also bis zum künftigen Sonntag veröffentlichen. Bis jetzt scheinen solche Publikationen kaum noch irgendwo erfolgt zu sein. Vielleicht bestätigt sich auch hier bei vielen Privatbahnen, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht ist. Eine Tariferhöhung verspricht nur soweit Mehreinnahmen, als sie nicht andrerseits Einschränkungen des Transports zur Folge hat. Die Richtung, die Production und damit auch den Güterverkehr einzuschränken, waltet aber ohnehin schon gegenwärtig in der Volkswirthschaft vor. Eine kleine Erhöhung der Fracht kann jetzt mehr als je auf die Unternehmungen lähmend einwirken. Die Eisenbahnen haben außerdem ein Interesse, nicht blos sich gegen Abnahme der Transportmenge zu schützen, sondern auf eine Vermehrung derselben hinzuwirken, schon um trotz der Concurrenz der neu entstehenden Linien (in Preußen seit April 1873 90 Meilen neu in Betrieb gesetzt) das Anlagecapital in einer nachhaltige Rentabilität sichernden Weise zu beschäftigen. Andererseits haben sich mit den sinkenden Kohlen- und Eisenpreisen auch die Ausgaben der Eisenbahngesellschaften wieder vermindert. Die vorgenannten Umstände sind es ja auch gewesen, welche bisher weit stärker als alle Ministerialrescripte die Eisenbahnen veranlaßt haben, die Tarife immer mehr herabzusetzen. Von den Staatsbahnen freilich läßt sich eine gewisse Sparsamkeit bei Vornahme von Tariferhöhungen weit weniger erwarten. Einmal ist es diesen mehr gelungen, sich Concurrenzlinien fern zu halten, sodann liegt hier eine gewisse schablonenhafte Ausführung eines Ministerialrescripts mehr in der Natur der Verwaltungen, zumal wenn sich in den oberen Regionen mit Rücksicht auf den steigenden Militäretat eine gewisse Beunruhigung geltend macht.

Danzig, den 11. Mai.

Glücklicher Weise ist der sechste Schlachttag und damit die kirchenpolitische Schlacht zu Ende, wenigstens soweit es das Abgeordnetenhaus betrifft. Die Nationalliberalen waren vorgestern so gescheidt, auf das Wort ganz zu verzichten, von der Majorität ergriffen nur Hänel von der Fortschrittspartei, Graf Bethusy und Aegidy von den Freiconservativen das Wort. Die letzteren Beiden läuteten den Ultramontanen Friedensglocken vor, aber aus den Reden dieser und der Polen schallte es ganz anders. Da die Redner Mallinckrodt und Windthorst ermattet waren, mußte Reichensperger wieder in's erste Treffen treten. Dr. Lieber trieb mit seinen endlosen Citaten aas deutschen Reformatoren nicht nur seine Gegner, sondern auch einen Theil seiner Freunde aus dem Hause und ermüdete die Ausharrenden so, daß die eingeschriebenen Redner auf das Wort verzichteten, nur nicht Herr v. Loë und Herr v. Gerlach; der alte Kreuzzeitungsritter ist doch eine sehr traurige Erscheinung geworden.

Es war die Meinung verbreitet, daß nunmehr, nachdem das Kirchendienergesetz vom 4. d. Mts. publicirt worden, der Kaiser den priesterlichen Insassen der Gefängnisse den Rest der Strafzeit im Gnadenwege erlassen werde. Die „Germ." glaubte auch daran und spottete schon im Voraus des „Rührstückes", das in Scene gesetzt werden solle; man würde dann wohl die Milde und Nachgiebigkeit der Regierung preisen und erwarten, daß die Katholiken sich nun auch nachgiebig zeigen würden. Aber da täusche man sich gewaltig. „Unsere aus den Gefängnissen befreiten Bischöfe und Priester würden die Ersten sein, die den weiteren beharrlichen Widerstand gegen jene Gesetze proclamiren, möge für die bewährten Bekenner von Neuem daraus folgen, was da wolle!" Die „N. A. Z." antwortet nun heute officiös, daß die Regierung an eine solche Inscenirung nicht denke, daß vielmehr die Gefängnisse sich keine Stunde früher öffnen dürften als nach Verbüßung der gesetzlichen Strafen, und daß das „neue Maigesetz keinen Einfluß darauf ausüben wird", und fügt hinzu: „Wunderlicher Rechtsstandpunkt, von dem aus die Unterschiede zwischen gesetzlicher Strafe und polizeilicher Sicherheitsmaßregel sich verwischen."

Graf Arnim ist noch immer „bis jetzt äußerlich" im Amte. Offiziös wird gemeldet, er habe eine Audienz beim Kaiser nachgesucht, dieser habe sie ihm aber nicht gewährt. Man erwartet, daß er nächstens zur Disposition gestellt werde.

Die Anschwärzung der deutschen Politik und ihres Leiters, welche man von Paris aus in der „Times" unterzubringen versucht hatte, macht in Frankreich großen Rumor. Alle Blätter nehmen sie für baare Münze. Fürst Bismarck ist ob der Perfidie ergrimmt und nimmt an dieser Gelegenheit Veranlassung, seinen und Deutschland's Standpunkt zu Frankreich und Italien mit einer für einen Diplomaten entsetzlichen Aufrichtigkeit darzulegen. Ein offiziöses Entrefilet der „N. A. Z." schließt:

„Richtig und in der Natur der Dinge liegend ist, daß, wenn der Friede bedroht sein sollte, Deutschland und Frankreich ein Interesse haben würden an dem Bündnisse mit Italien. Freilich würde Deutschland nach seinen bisherigen Erfahrungen wenig Aussicht auf Erfolg haben, denn 1870 neigten die Sympathien Italiens sich überwiegend zu Frankreich; und Deutschland fühlt sich auch so stark, daß es das italienische Bündniß nicht begehren würde. Frankreich aber wird desselben vielleicht bedürfen und vielleicht würden Nizza und Savoyen der Preis desselben sein. Und dann würden Italien und Deutschland allerdings zu erwägen haben, welche Combinationen den Italienern die meiste Aussicht eröffneten, ihre verlorenen Provinzen wieder zu erwerben. Die Thorheit, einseitig Frankreich anzugreifen, wird der italienischen Regierung kein vernünftiger Mensch zumuthen."

Mac Mahon und seine Minister kehren heute nach Versailles zurück, und morgen geht mit dem Ende der Parlamentsferien der Spectakel im Versailler Theater los. Die Regierung will zuerst das Wahlgesetz vorlegen, dann das Gesetz über den zu gründenden Senat und dann erst eine Bestimmung über die Maßregeln, welche im Falle des Todes oder der Abdankung des Marschalls zu ergreifen wären. Es soll kein wirkliches „Septennium" geschaffen werden, d. h. keine Regierungsform für die sieben Jahre auch in dem Falle, wenn der Marschall stirbt oder abdankt; dann sollen vielmehr beide Kammern zu einem Congresse zusammentreten, welcher die Nachfolgerschaft bestimmt. Während des Interregnums soll der Senatspräsident die Geschäfte interimistisch führen. Durch die letztere Bestimmung sind Chancen für Aumale geschaffen, während dadurch, daß die definitive Organisation des Septenniums vermieden wird, ein Hinterpförtchen für die Legitimisten übrig bleibt. Ob sich für jene Pläne eine Majorität finden wird, steht noch dahin. Versailles ist wie ein Bienenkorb. Die meisten Deputirten sind schon eingetroffen, es wird unterhandelt, intriguirt, das Resultat ist noch gar nicht abzusehen.

In unserm Nachbarlande Rußland hat ein Blatt, die „Russische Welt", eine schreckliche Entdeckung gemacht. Die blutdürstigen Germanen sind darauf erpicht, nach Dänemark, Oesterreich und Frankreich nun auch Rußland zu überfallen. Preußische Agenten reisen schon in Schaaren in den Grenzprovinzen umher und kaufen Pferde auf und viele, viele — Schweine. Die „Russische Welt" weiß es ganz genau, daß die Käufer unter der Maske von Händlern reisende preußische — Intendanturbeamte sind. Die Pferde sind für die Cavallerie, die Rüsselthiere für die Erbswurstfabriken bestimmt. Haben sich nun die Preußen erst auf Rußland's Kosten verproviantirt und beritten gemacht, dann geht die Sache los. Moltke's Rede im Reichstage war das Wetterleuchten, welches dem Kriegsgewitter vorher ging. — Und dabei ist der „Rußki Mir" ein vielgelesenes Blatt!

Doch es giebt auch ernsthafte Blätter in Rußland, und diese suchen nicht mit Deutschland graulich zu machen, sondern sie suchen die beiden Länder durch Erleichterung des Verkehrs sich freundschaftlich näher zu bringen. Die gediegene „Russ. Petersb. (Akademie-) Zeitung" beschäftigt sich wieder mit der Königsberger Denkschrift, und meint, daß diese auch die russischen Interessen besser wahrnimmt, als dies von russischer Seite selbst geschieht; denn alle Bestimmungen, welche sich nicht auf die Tariffragen beziehen, seien auf das Interesse beider Theile gerichtet. Und der „Börsenzeitung" gegenüber, welche noch immer auf das Memoire losziehet, sagt das Blatt: „Vielleicht übersteigt die Beurtheilung der verschiedenen Zoll-, Paß-, Gilden-, Reise- und anderen Plackereien den Horizont der „Börsen-Ztg.", der anscheinend nur bis zu der Erforschung der Uebles sinnenden Deutschen reicht; aber nach der gewöhnlichen Logik müssen unter ähnlichen Plackereien mehr als alle Anderen gerade wir selbst leiden, indem wir den Deutschen auf ihre Waaren und Dienste um so viel Plus für die Plackereien zahlen."

Deutschland.

△ Berlin, 10. Mai. In den zustehenden Ausschüssen des Bundesraths hat man sich in den letzten Tagen wieder mit der Münzfrage beschäftigt und es ist, nachdem hierfür ein practisches Bedürfniß nachgewiesen, beschlossen worden, dem Bundesrath die Ausprägung von Fünf-Markstücken zu empfehlen. — Unserer neulichen Mittheilung über die Anberaumung der nächsten Volkszählung im Deutschen Reiche am 1. De-

Das Grab Carstens.

Die großen Verdienste Asmus Carstens' um die Wiedererweckung der classischen Richtung in der deutschen Kunst und das stete Fortschreiten desselben auf dieser betretenen Bahn, trotz Verleumdung und Feindschaft, trotz Noth und Krankheit, hat ihm schon längst in der deutschen Kunstgeschichte den Ruf und Namen des eigentlichen Reformators der neuern deutschen Kunst gesichert. Dieses sein hohes Verdienst, bei seinen Lebzeiten freilich, in einer Zeitrichtung völliger künstlerischen Styllosigkeit und Phantasterei nicht erkannt und verstanden, wird um so mehr heutiges Tags gewürdigt, als sich alles Streben hoher idealer Kunstrichtung auf diesen einen Mann als den Pfadfinder zum Tempel höherer Kunst zurückführen läßt.

Von den äußersten Nordmarken Deutschland's sehen wir ihn, beseelt von dem innern Drang, in der Kunst gleich den alten Meistern zu schaffen, ungeheure Schwierigkeiten mit zäher Ausdauer überwinden, nach dem gelobten Lande der Kunst, Italien, pilgern. Und zwar pilgern in des Wortes wahrster Bedeutung, zu Fuß, die Mappe unterm Arm, das Ränzlein auf dem Rücken. In seiner Ueberzeugung felsenfest, nicht abzuweichen auf dem einmal erkannten Wege, schafft er sich durch das rücksichtslose Fortschreiten Feinde um Feinde; zu arm, um sich die nöthigen Oelfarben und Leinwand kaufen zu können, bleibt ihm nur der Stift und das Blatt Papier; mit und auf diesem leicht vergänglichen Material schafft er seine unvergänglichen Knnstwerke!

Verlassen, verfolgt, vom innern Gram aufgerieben, oft dem Hunger preisgegeben, erliegt dieser Last sein ohnehin schwacher Körper im besten Mannesalter. Wenige Freunde begleiten seine irdische Reste zur Ruhestätte auf dem alten protestantischen Kirchhofe an der altersgrauen Cestius-Pyramide und widmen ihm in Travertinstein die Inschrift: „Asmus Jacob Carstens, geboren in Jürgen bei Schleswig, am 10. Mai 1754, gestorben in Rom, am 25. Mai 1798." In jener Zeit war Europa durch den Ausbruch der französischen Revolution und deren Folgen noch in tiefster Erregung, die Ideale der Kunst flüchteten scheu vor dem Getöse der Waffen. Kein Wunder, daß damals Carstens bald vergessen wurde. Wer nicht gerade Kunstgeschichte studirte, wußte bald wenig mehr von ihm, er lebte nur noch in der Tradition. Erst die Neuzeit, die vielem gerecht zu werden strebt, alles Ueberlieferte neu und mit Eifer durchforscht, brachte auch wieder an's Licht die ernsten und gewaltigen Compositionen des längst dahin geschiedenen halbvergessenen Meisters.

Dem herrlichen Kunstmuseum in Weimar blieb es vorbehalten, die allenthalben zerstreuten Werke Carstens' zu sammeln und dem Publikum und der Kunstwelt zum Anschauen und Studiren würdig aufzustellen. Der hohe Kunstmäcen, der Großherzog von Weimar, hat sich damit unvergänglichen Ruhm erworben, indem er diesen herrlichen Arbeiten eine nicht minder herrliche Stätte bot. Ein fleißiger und tüchtiger Verleger, Buchhändler Alfons Dürr in Leipzig, ließ diese köstlichen Compositionen stechen und in einer schönen Ausgabe verbreiten. Bald sammelte sich ein Kreis von Verehrern des lange vergessenen Meisters, und so kam es, daß der Historienmaler Julius Naue aus München, jenem Kreis angehörend, dieses Frühjahr in Rom anwesend, die Stätte suchte, wo Carstens ruhte, die andere einige Jahre vor ihm vergeblich gesucht hatten. Jener alte Kirchhof ist längst geschlossen, die meisten Gräber sind eingesunken und dem Boden gleich, den hohes Gras bedeckt; aber in die Luft erheben sich von demselben herrliche Gruppen dunkler Cypressen und schlanker Pinien, und in düstrer Schönheit ragt malerisch hoch auf die alte Stadtmauer Rom's, mit der Cestius-Pyramide, den Hintergrund ernst abschließend. Es ist dies einer der classischsten Punkte Rom's, der die Seele mächtig ergreift. Nach langem Suchen wurde endlich sein Grab mit verblichener Steininschrift gefunden. Hr. Naue ließ durch die Kirchhofsverwaltung in seiner und einiger Freunde Gegenwart die Ausgrabung dieser Gruft mit großer Vorsicht bewerkstelligen. Seltsam, in halber Tiefe fand man „eine Trägerin des Lichtes", eine antike Lampe von Terracotta — und endlich, mit 6 Fuß, morsche Reste menschlichen Gebeins; vom Sarge war nicht die kleinste Spur zu entdecken. Diese Reste wurden nun sorgfältig gesammelt in eine Bleikiste gelegt, dazu noch einige italienische Kupfermünzen vom Jahre 1874, worauf die Anwesenden ihre Namen eingezeichnet hatten, beigefügt, und dann die Kiste hermetisch verschlossen. Das Grab ward ausgemauert, in dessen Raum die Kiste gestellt und mit Ziegeln fest überwölbt. Darüber erhebt sich nun ein Unterbau von Traventin von 2 Fuß Höhe, auf welchem die ursprüngliche Steinplatte, nachdem die Schriftzeichen mit Blei ausgefüllt worden, wieder ruht. Eine Anpflanzung von Rosensträuchern und prächtigem Lorbeer umgiebt anmuthig das Grab.

Es war der 30. April d. J. — schreibt man der „Allg. Ztg." aus Rom — ein köstlicher Frühlingstag voll Sonnenschein, Blüthenduft und Vogelsang, an welchem die zweite Schließung dieser Gruft vorgenommen werden sollte. Am gedachten Tage Nachmittags 5 Uhr versammelte sich auf diesem stillen Friedhof ein kleiner Kreis deutscher Landsleute, an der Spitze derselben der Gesandte des Deutschen Reiches, v. Keudell, nebst seinem Schwiegervater, dem ehemaligen preußischen Staatsminister v. Patow, Prof. Emil Wolff, Präsident der römischen Akademie von St. Lucca, umgeben von einem Kreis deutscher Künstler. Das deutsche archäologische Institut war durch Prof. Henzen und Dr. Klügmann vertreten. Manche andere Kunstfreunde und eine Anzahl deutscher Damen, welche das Grab mit Blumen und Kränzen geschmückt, hatten sich angeschlossen.

Der Gesandtschaftsprediger Jep hielt, nachdem er ein Gebet gesprochen, eine längere Rede, den wundersamen starken Charakter dieses trefflichen deutschen Künstlers, dessen rastloses Schaffen und seinen grausen Kampf um's Dasein schildernd, welche tiefen Eindruck machte. Darauf trat Maler Naue an's Grab und brachte in begeisterter Rede dem längst entschlafenen herrlichen Meister und seinen großartigen Schöpfungen die innigste Künstlerhuldigung dar, und legte, nachdem das Grab mit dem Stein, den etliche Künstler herbeitrugen, geschlossen war, einen Loorbeerkranz darauf nieder. Zu diesem schönen und den deutschen Geist ehrenden Unternehmen waren die nicht unbedeutenden Kosten von etlichen Kunstfreunden in Hamburg und Leipzig und zum Theil von dem Großherzog von Weimar bestritten worden. Jetzt wird noch der Wunsch rege: es möchte sich über Carstens Gruft ein schlichter Stein, sein Reliefbildniß tragend, erheben. Nun vielleicht gelingt es, daß auch dieser Wunsch zu Ehren des Altmeisters der deutschen Kunst noch in Erfüllung geht, und hochherzige Kunstfreunde und Kunstgenossenschaften in Deutschland ihr Scherflein dafür spenden.

cember 1875 ist hinzuzufügen, daß dem Bundesrath der Antrag unterbreitet werden wird, die Frage über regelmäßige Termine der Volkszählung für jetzt auszusetzen. — Zu den Gegenständen, welche nach den Intentionen des Reichskanzleramts jetzt durch den Bundesrath erledigt werden sollen, gehört der Entwurf über die Gründung einer deutschen Seewarte als Reichs-Institut, und die Feststellung der Strandungs-Ordnung nach den von der ursprünglichen Form abweichenden Beschlüssen des Reichstages; auf diese Gegenstände bezieht sich hauptsächlich die jetzige Anwesenheit des Hamburgischen Senators Dr. Kirchenpauer, der bekanntlich über die Seewarte Bericht erstattet hat. — Die dem Bundesrathe jüngst vorgelegte und von demselben bewilligte Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds entspricht dem über letzteren erlassenen Reichsgesetz. Sie umfaßt 17 Paragraphen und ihre wesentlichen Bestimmungen sollen nach dem letzten Paragraphen auch auf die Verwaltung des Reichs-Festungsbaufonds und auf die Verwaltung des Fonds zur Errichtung des Reichstagsgebäudes, vorbehaltlich der dieselben betreffenden besonderen Bestimmungen, entsprechende Anwendung finden.

NLC. Die nationalliberale Partei ist, wie wir hören, bereit, die Forderung der Regierung von 50,000 Thlr. für Schauprämien zur Beförderung der Vollblutpferdezucht zu bewilligen, sobald vollkommen klar gestellt wird, daß auf diesem Wege nicht etwa die bei der Budgetberathung gestrichene Position für Rennprämien wieder hergestellt werden soll. Der Nutzen der Schauprämien für die Pferdezucht wird nicht wohl bezweifelt werden können. — Dagegen ist die Partei zur Bewilligung der Staatsgarantie für ein Prioritätsanlehen der Berliner Nordbahn im Betrage von 6 Millionen nicht geneigt, weil sie eine derartige Begünstigung einer Actiengesellschaft gegen das Interesse des Staates principiell nicht für zulässig hält. Eine auf Erwerbung der Bahn durch den Staat gerichtete Vorlage würde höchstwahrscheinlich größeren Sympathien begegnet sein.

— Das Polizeipräsidium hat vor einiger Zeit die Frage aufgeworfen, ob nicht eine Baustellensteuer einzuführen sei, welche dazu beitragen würde, daß die Bebauung der Grundstücke innerhalb der Stadt schneller erfolge, als jetzt der Fall ist. Dem Vernehmen nach wird der Magistrat die Steuerdeputation zur gutachtlichen Aeußerung über den Vorschlag auffordern.

— Die städtische Schuldeputation hat an die Hauptlehrer der Gemeindeschulen eine Verfügung erlassen, nach welcher vom 1. October d. J. ab in den Classen der Unterstufe der Nachmittags-Unterricht wegfallen und sämmtliche 22 wöchentliche Unterrichtsstunden auf den Vormittag gelegt werden sollen. Bewährt sich nun die neue Einrichtung, so soll auch vielleicht schon von Ostern nächsten Jahres ab auf der Mittel- und Oberstufe der Nachmittagsunterricht ausfallen.

— Im October 1872 ist bekanntlich zu Dresden eine Conferenz über die gemeinsamen Angelegenheiten des höheren Schulwesens in Deutschland abgehalten worden, deren Ergebnisse den Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen den Bundes-Regierungen gebildet haben. Auf Grund dieser Verhandlungen ist festgestellt worden, daß hinsichtlich der allgemeinen Principien der Verwaltung des höheren Schulwesens zwischen den deutschen Staatsregierungen volle Uebereinstimmung hersche und daß die Bereitwilligkeit vorhanden ist, in allem Wesentlichen demgemäß auch die besonderen Einrichtungen einheitlich zu gestalten. Durch das practische Bedürfniß ist man namentlich auf eine Einigung wegen der Maturitätsprüfungen der Gymnasien hingeführt worden, und es wird fortan in Deutschland allgemein nach den in dieser Beziehung vereinbarten Grundsätzen verfahren werden. Es liegt in der Absicht des preußischen Cultusministers, die vom Michaelistermin d. J. ab von den nichtpreußischen deutschen Gymnasien ausgestellten Maturitätszeugnisse als den preußischen gleichgeltend zu behandeln und es wird deshalb einer ausdrücklichen Anerkennung dieser Zeugnisse von Seiten des Cultusministers in Zukunft nicht mehr bedürfen. — In Betreff der Zeugnisse über die Prüfungen für das Lehramt an höheren Schulen ist eine allgemeine Einigung für jetzt noch nicht als erreichbar erachtet worden.

Breslau, 9. Mai. Dem hiesigen Clerikal-Seminar ist, wie das „Schl. Kirchenblatt" meldet, der bisherige Staatszuschuß von 1600 Thalern entzogen worden. Auch derjenige Zuschuß, welcher für Unterhaltungskosten für mehrere Alumnen aus der Grafschaft Glatz und dem preuß. Antheil an der Olmützer Diöcese geleistet worden war, wird fortan innebehalten.

Döbeln, 10. Mai. Eine heute hier stattgehabte, aus allen Theilen des Königreichs Sachsen zahlreich besuchte Versammlung Männer hat einen Reichsverein für Sachsen gegründet. Zu Mitgliedern des Vereinsvorstandes mit dem Rechte der Cooptirung weiterer Mitglieder wurden gewählt: Prof. Biedermann, Advokat Ludwig, Dr. Hans Blum, Kaufmann Kohner, Dr. Kühn, sämmtlich aus Leipzig. (W. T.)

Wiesbaden, 9. Mai. Der Kaiser traf heute Vormittag 10¾ Uhr auf dem Bahnhofe ein und fuhr im offenen Wagen durch die reichbeflaggte Stadt nach dem Schlosse. Derselbe wurde auf dem Wege von der Bevölkerung durch Hochrufe und zahlreiche Blumenspenden begrüßt. (W. T.)

Stuttgart, 8. Mai. Die Trauung des Herzogs Eugen von Württemberg und der Großfürstin Wjera hat heute Mittag nach protestantischem Ritus im weißen Saale des Residenzschlosses und darauf nach griechischem Ritus in der griechischen Kapelle des Residenzschlosses stattgefunden. — Der Kaiser von Rußland wird am Montag Abend von hier nach England abreisen.

Straßburg, 7. Mai. Das „Elf. Journ." erfährt, daß die Regierung Hrn. v. Schauenburg, Eigenthümer in Hochfelden, und Hrn. Victor Elbel, der gleichfalls Hochfelden bewohnt, den Befehl geschickt hat, das Gebiet von Elsaß-Lothringen in kürzester Frist zu verlassen. Die Ursachen dieser Ausweisungen sind dem Blatte nicht bekannt.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 9. Mai. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses der Reichsrathsdelegation erwiderte Graf Andrassy auf eine Interpellation über die Note an den päpstlichen Stuhl: Er bedauere, den Wortlaut dieser Note nicht vorlegen zu können, da dieselbe blos eine Ergänzung des vom Kaiser an den Papst gerichteten Privatschreibens bilde. Es ist darin die Ansicht ausgesprochen, daß diejenigen, die die Encyclia inspirirten, vielleicht weniger eine Collision zwischen der Kirche und dem Staate vorbeugen, als vielmehr eine solche hätten provociren wollen. Das Recht des Papstes, den Bischöfen in Kirchenangelegenheiten seine Meinung mitzutheilen, wird in der Note durchaus nicht in Frage gestellt; zugleich wird aber auf's Entschiedenste bedauert, daß die Encyclica ein Verdammungsurtheil in Dingen ausgesprochen, die durchaus nicht dogmatischer Natur, sondern in dem souveränen Gesetzgebungsrechte des Staates begründet seien. Es wird ferner erklärt, die Regierung werde auch in dieser erschwerten Lage eine Collision zwischen Kirche und Staat zu vermeiden trachten, es sei das aber nur möglich, wenn im Gegensatze zu dem Inhalte der erlassenen Encyclica den Bischöfen der Rath ertheilt werde, den Staatsgesetzen Folge zu leisten. Falls aber der innere Friede dadurch gefährdet werden sollte, daß den sanctionirten Gesetzen seitens des Clerus nicht Folge geleistet werde, so halte sich die Regierung ebenso für berechtigt, als für verpflichtet, die Rechte des Staates zu wahren, und sei auch überzeugt, es werde ihr gelingen, den Gesetzen volle Geltung zu verschaffen. Graf Andrassy fügte hinzu, eine Antwort der päpstlichen Curie auf die Note sei nicht erfolgt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung stellte Graf Andrassy in Folge einer Interpellation über die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zum Auslande die Existenz einer bevorstehenden Kriegsgefahr absolut in Abrede. Ihm sei keine Regierung bekannt, die heute den Frieden zu stören gedächte. Er widerlegt endlich die von verschiedenen Zeitungen gebrachten Versionen über die bei der letzten Zusammenkunft der Kaiser von Oesterreich und Rußland angeblich getroffenen politischen Abmachungen bezüglich einer Theilung des Orients oder über eine angeblich neue Richtung der auswärtigen Politik Oesterreich's. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Der Herzog von Broglie hat, wie „Soir" versichert, das Verlangen kundgegeben, daß für die Berathung des Gesetzentwurfs über die Errichtung einer zweiten Kammer von der National-Versammlung die Dringlichkeit angenommen werde. — In hiesigen journalistischen Kreisen erregt die (bereits signalisirte) Verhaftung Dumerson's großes Aufsehen. Derselbe war schon unter dem Kaiserreiche politischer Agent des Ministers des Innern; er wurde dann unter Thiers zu vertraulichen Missionen verwendet und mit dem Kreuze der Ehrenlegion decorirt; auch wurde er von der Regierung Mac Mahon's zu politischen Zwecken gebraucht. Vor Kurzem erhielt er noch die Concession zur Veranstaltung einer internationalen Ausstellung für das Jahr 1875. Die Verhaftung erfolgte unter der Anschuldigung bedeutender Fälschungen und Betrügereien. — Die neuesten Berichte aus den Departements über den Stand der Saaten lautend sehr beunruhigend; dagegen wird gemeldet, daß die Weinberge vom Frost nicht wesentlich gelitten haben.

— Bei Gelegenheit der Gerüchte über die Anwesenheit des Grafen von Chambord in Paris warfen die bonapartistischen Blätter die Frage auf, ob die Regierung es dulden werde, wenn die Exkaiserin und der „Prince impérial" ihren Aufenthalt in Frankreich nehmen würden. Die officiöse „Presse" erwidert, daß kein Gesetz bestehe, welches dieses verhindern könne. Der „Prince impérial" habe nicht allein das Recht, in Frankreich zu residiren, sondern sogar die Pflicht, in zwei Jahren sich dort einzufinden, um den Verpflichtungen nachzukommen, die jedem Franzosen das Militärgesetz auferlege.

Spanien.

Madrid, 9. Mai. Die Mittheilung der „Correspondencia", daß Serrano sich zu Gunsten der conservativen Republik ausgesprochen habe, wird von unterrichteter Seite für unbegründet erklärt. Serrano ist leicht erkrankt. (W. T.)

England.

London, 8. Mai. Die Mittagssitzung des Unterhauses beschäftigte sich fast ausschließlich mit Mundella's Amendement zum Fabrikacte, mit der sog. Neun-Stunden-Bill. M. will die Arbeitszeit, wie es in England schon vielfach thatsächlich der Fall ist, gesetzlich auf 9 Stunden beschränken; zugleich soll die volle Arbeitszeit in der Woche 54, die halbe 30 Stunden betragen; ferner will er Verwendung von Kindern unter zehn Jahren überhaupt (jetzt ist das Minimalalter acht), so wie die Verwendung von Kindern unter vierzehn Jahren für die volle Arbeitszeit verbieten. Die Debatte wurde schließlich vertagt, nachdem die Regierung erklärt, die Sache selbst in die Hand nehmen zu wollen; denn, wenn die Baumwoll-Manufactur allein schon 4½ Mill. Menschen beschäftigt, so sei bei allen Eingriffen in so riesenhafte Interessen auf gesetzgeberischem Wege die größte Vorsicht angezeigt. Die Veränderungen, welche der Minister des Innern vorschlug, gehen dahin, daß die Arbeitszeit auf 56 Stunden wöchentlich für erwachsene weibliche Arbeiter und 32 Stunden für Kinder festgestellt werden soll; und ferner soll der Beginn der Arbeitszeit nicht vor 6 Uhr Morgens und ihr Schluß nicht nach 7 Uhr Abends fallen. Bis 1875 endlich soll das Anfangsalter der Arbeit für Kinder 9 Jahre sein; spreche sich aber dann die öffentliche Meinung für zehn Jahre aus, so würde von 1876 an dies als Anfangsnorm gelten.

9. Mai, Morgens. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses richtete Baronet Francis Napier Ettrick die Anfrage an die Regierung, ob dieselbe mit den Erklärungen einverstanden sei, welche Lord Granville in seiner Depesche vom 17. October 1872 an den Petersburger Botschafter Lord Loftus betreffs gewisser von Rußland bei seinem Vorschreiten in Centralasien einzuhaltenden Grenzen abgegeben habe. Der Staatssecretär des Auswärtigen, Lord Derby, erklärte, die russische Regierung sei von so friedfertigem, versöhnlichem Sinne geleitet, daß er in der Angelegenheit keine Gefahr sehe. Derselbe ließ sich dann über die eigentliche Grenzfrage weiter aus und fügte hinzu, das Ministerium adoptire zwar den Inhalt der gedachten Depesche Lord Granville's, müsse es aber ablehnen, sich darüber auszusprechen, was es in dem Falle zu thun gesonnen sei, wenn die in der Depesche erwähnten Voraussetzungen eintreten sollten. (W. T.)

Liverpool, 9. Mai. Der deutsche Botschafter in Wien, General v. Schweinitz, und der amerikanische Gesandte in Wien, J. Jay, sind heute auf dem Dampfer „Russia" nach Amerika abgegangen.

Rußland.

Petersburg, 9. Mai. Der amtliche „Regierungsbote" publicirt einen Erlaß, betreffend die Reorganisation der Warschauer Polizei nach dem Muster der Petersburger. — Der Eisgang aus dem Ladogasee ist vollständig vorüber. Die Brücken über die Newa sind wiederhergestellt. (W. T.)

— Eben ist hier eine directe Verbindung ohne Waggonwechsel mit Odessa in das Werk gesetzt, so daß Reisende von Berlin nunmehr direct, ohne irgendwo sich länger als eine halbe Stunde aufzuhalten, in 36 Stunden bis Petersburg und von dort in 54 Stunden nach Odessa, von Odessa per Dampfschiff in 20 Stunden nach Constantinopel gelangen können.

Griechenland.

Athen, 8. Mai. Die Auflösung der Deputirtenkammer ist heute erfolgt und bekannt gemacht. Zugleich sind die Wahlcollegien zur Vornahme der Neuwahl auf den 1. Juli c. berufen. (W. T.)

Amerika.

Newyork, 8. Mai. Präsident Grant hat sich für die Ausarbeitung eines Codex für ein internationales Schiedsgericht ausgesprochen. — Der Finanz-Ausschuß hat nicht die Absicht, nennenswerthe Aenderungen im Bundeszolltarif vorzuschlagen. — Die zerrissenen Ufer des Mississippi sind theilweise wieder hergestellt. Der Senat hat zur Unterstützung der Ueberschwemmten eine Million Dollars bewilligt. — Der Präsident hat Hrn. Washburne das Finanz-Ministerium angeboten, Washburne aber lehnte entschieden ab.

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom 9. Mai.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer. — Abg. Reichensperger: Man will sich gegen die staatsgefährliche Wirkung des Vaticanums durch die Maigesetze schützen. Erregt denn die socialistische Doctrin nicht ebenfalls bei der Regierung und bei allen Parteien große Bedenken, ohne daß man Ausnahmegesetze gegen ihre Vertreter macht? Der Abg. v. Sybel hat überhaupt in der katholischen Kirche eine staatsgefährliche Tendenz gefunden und uns viele Stellen aus dem Mariana und Bellarmin vorgelesen, die allerdings Ihr Erstaunen hervorrufen mußten; er hat aber vergessen, daß diese Anschauungen nicht der Gegenwart, sondern dem Mittelalter angehören, wo eine ganz andere Staatsanschauung herrschte; dann ist das Buch von Mariana von dem Jesuitengeneral verworfen und unterdrückt worden. Die Reformatoren Huß, Luther und Zwingli gingen noch viel weiter. Knox und Milton haben den activen Widerstand nicht nur vertheidigt, sondern sogar in die Praxis übersetzt. (Hört! hört! im Centrum.) Der Abg. Gneist hat sich besonders für das Wahlrecht der Gemeinden auf Analogien aus der Geschichte berufen, er wird auch für die Strafmaßregeln Analogien finden; aber alle diese Analogien beruhen auf einem ultrabureaukratischen Rechtszustande, der aus dem Satze entstanden ist: cujus regio ejus religio. Die Berufung auf Oesterreich beweist nur, daß auch in anderen, nominell katholischen Staaten ähnliche Strömungen wie in Preußen vorhanden sind. Ob Jemand befugt ist, kirchliche Handlungen vorzunehmen, darum hat sich der Staat niemals bekümmert; auf diesem Standpunkt steht das Allgemeine Landrecht und auch das Strafgesetzbuch, welches nur von der unbefugten Ausübung öffentlicher Aemter spricht. Der Standpunkt, den diese Vorlage einnimmt, steht diametral entgegen der in der Verfassung garantirten Freiheit der katholischen Kirche. Deshalb beantragt der Redner noch in letzter Stunde die Vorlage an die Commission zurückzuverweisen.

Abg. Graf Bethusi-Huc: Ich und meine politischen Freunde wir sind nur mit schwerem Herzen in diesen Kampf eingetreten. Aengstlich sind wir nicht vor der Minorität unserer katholischen Mitbürger und der politischen Freunde des Hrn. v. Mallinckrodt, aber wir haben Scheu und Besorgniß vor ihr. Scheu haben wir unsere katholischen Mitbürger in Dingen zu verletzen, die ihnen heilig sind oder heilig scheinen, nachdem man verstanden hat, das Heiligsein und Heiligscheinen in ihren Herzen und Köpfen zu vermischen. Besorgniß habe ich vor der Centrumspartei nicht blos, weil ich die bei ihr noch mehr als bei anderen Theilen dieses Hauses verbreitete Ueberlegenheit der Redekunst anerkenne, sondern auch weil sie in der Wahl der Mittel minder wählerisch ist, als sie sein sollte. Wie man nicht den König, so sollte man auch nicht Gott in die Debatte ziehen dürfen. Sie berufen sich immer darauf: Gott will es so! Wir folgen Ihnen nicht auf diesem Wege, um nicht eine politische Versammlung in eine theologische Synode zu verwandeln. Doch möchte ich wenigstens auf das biblische Wort hinweisen: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!" Das sind Worte, die in jeder Ihrer Reden hundert Mal verleugnet werden. Diese Scheu meinen Mitbürgern, diese Besorgniß Ihnen gegenüber bitte ich nicht zu verwechseln mit Furcht. Auch in den Krieg mit Frankreich gingen wir mit schwerer Besorgniß vor dem Elend, das im Gefolge jedes Krieges ist, aber nicht mit Furcht; über den Ausgang waren wir damals so wenig unsicher, als ich es heute bin. Der Staat wird siegen, weil er siegen muß, aber die Kirche wird nicht besiegt werden. Die Kirche als Heilsanstalt ist etwas Unvergängliches, als politische Institution ist sie dem Uebergang und Untergang unterworfen, wie jede andere menschliche Bildung. Denn diese äußere Erscheinung, diese Institution der Kirche ist eben so sehr eine menschliche als die des Staates. Auch als politische Institution hat die Kirche ihre große Bedeutung für die Culturentwickelung gehabt und erfüllt, so daß man sich nicht wundern darf, wenn sie sich jetzt, nachdem ihre Aufgabe auf andere Organe übergegangen ist, die früher fehlten, nur mit Sträuben das Schwert, das sie besaß, aus der Hand reißen lassen will. Aehnlich ist es dem Adel gegangen, der noch grollt und schmollt über den Verlust von Rechten und Pflichten, die ihrer Zeit wohlverdient und wohlbewährt waren; er hatte nicht wahrgenommen, daß das Beamtenthum die freigewordene Erbschaft längst angetreten hatte, nachdem er durch eigene und die Schuld der Verhältnisse unfähig geworden war sie zu verwalten. Dann hat wieder die Bureaukratie schmollend und grollend einen großen Theil ihrer früher mit Ehren, speziell für unser preußisches Vaterland besessenen Befugnisse an die Landesvertretung dieses Staates abgeben müssen und wird noch einen andern Theil an die Organe der Selbstverwaltung abtreten müssen, nicht immer ohne Widerstand, aber gezwungen durch die Verhältnisse, die stärker sind als die Menschen und ihre Gesetze. — Redner wendet sich nun gegen einzelne Ausführungen des Centrums. Er bestreitet, daß diese und die Maigesetze die Dogmen oder die Sittenlehre der katholischen Kirche berühren. Er bestreitet ferner, daß man es den Religionsgesellschaften überlassen könne, die Grenze zwischen Staat und Kirche zu ziehen. Dann könnten auch Mormonen und Muhamedaner die Vielweiberei als kirchliches Institut gegenüber dem Staat aufrecht erhalten wollen. Es ist unrichtig, daß es sich hier um einen Kampf des Protestantismus gegen den Katholicismus handele, denn diese selben Gesetze würden mit gleicher Schärfe hierarchische Gelüste in der protestantischen Kirche treffen. Hr. v. Schorlemer sagte: Heben Sie die Maigesetze auf, wir werden kein Triumphgeschrei erheben. Ich sage Ihnen: Geben Sie den Widerstand auf, wir werden kein Triumphgeschrei erheben. (Heiterkeit.) Wir werden Sie als Brüder bewillkommnen und Ihnen dankbar sein. Ihre Kirche wird fortleben auch ohne diesen Widerstand, während der Staat mit Aufgeben seines Standpunktes sich vernichtet. Die Maigesetze werden, das ist die Auffassung von gläubigen Katholiken, ein Segen für die Kirche werden; unterwirft sich der Episcopat den Maigesetzen, so wird der vaticanischen Lehre der Stachel genommen und das drohende Schisma vermieden. Dauert aber der Widerstand fort, so wird das Schisma wachsen, aber dadurch zugleich eine größere Einheit der Christenheit herbeigeführt werden. — Wie Frankreich die äußere Einheit Deutschland's zu danken sei, so sei dem Centrum die Einigung sämmtlicher Parteien zu danken. Sie (zum Centrum) haben uns geholfen, zur Kreisordnung, zum Militärgesetz zu kommen. So werden Sie auch dadurch, daß Sie wieder die verschiedenen, sonst auseinandergehenden Parteien gegen sich einigen, die Provinzialordnung, das Unterrichtsgesetz zu Stande zu bringen helfen. Von Ihnen gilt, wenn auch in anderem Sinne das apostolische Wort: wir thun nicht, was wir wollen, sondern wir thun, was wir nicht wollen.

Abg. v. Wierzbinski: Nicht dem Drucke der Hierarchie nachgebend kämpfen wir gegen diese Gesetze an, sondern weil dieselben die Selbstständigkeit der Kirche, die Freiheit des Gewissens verletzen. Außerdem werden sie ausgebeutet, um die polnische Nationalität noch mehr zu unterdrücken und darum muß jeder, dem die Erhaltung der polnischen Nationalität am Herzen liegt, sich mit aller Macht gegen diese Gesetze stemmen.

Abg. v. Kardorff verzichtet im Interesse der schleunigen Erledigung der Geschäfte des Hauses auf das Wort. (Beifall).

Abg. Hänel: Die Behauptung, daß dies Gesetz der Existenz der Nationalitäten schädlich ist, widerspricht in einer die Kampfesweise des Centrums bezeichnenden Weise dem neulich gehörten Ausspruch, es verletze den universalen Charakter der katholischen Kirche. Diese Gesetze sind nur Mittel zur Durchführung der Maigesetze. Darum muß man auf diese zurückgehen, und es handelt sich immer um die Frage, ob durch sie das katholische Dogma verletzt wird. Behauptet ist das von Seiten des Centrums oft genug worden, bewiesen nicht.

Abg. Respondek: Diese Gesetze verletzen das Heiligste der Katholiken, seinen Glauben und sein Gewissen. Jeder, dem es darum zu thun ist, die sittliche Würde des Menschen gegen den Staatsdespotismus zu vertheidigen, muß sich gegen dieselben erklären. Wir Polen haben viel auf Erden verloren, aber drei Güter sind uns geblieben, die Liebe zur Wahrheit, die Unbescholtenheit unseres Charakters und die Treue zu den Altären, und diese Güter sind uns um keinen Preis feil.

Abg. Aegidi: Ich zolle, obgleich in der evangelischen Kirche erzogen, der römisch-katholischen Kirche meine Bewunderung, und baue meine Friedenshoffnung auf ihr Wesen, das es mit sich bringt, daß das ganze System idealer Ansprüche, die sie erheben muß, unter keinen Umständen auf dieser Welt vollständig erfüllt wird. Von jeher gab es daher in dieser Kirche zwei Richtungen: die eine ist ausgegangen von der Erkenntniß der wirklichen Welt, hat die Erreichung des Menschenmöglichen in ihr Programm aufgenommen und war zufrieden, wenn sie auch nur ein Kleines erreichte; diese diplomatisirende, sich den Umständen anschmiegende Richtung ist gegenwärtig in Rom nicht beliebt. Die zweite Richtung geht davon aus, möglichst viel zu fordern, um etwas zu erlangen, und diese ist jetzt am Ruder. Der 7. August 1814 (der 7. August ist auch der Datum des Briefes, den Pius IX. an Kaiser Wilhelm gerichtet) das ist der Geburtstag des neuen Einflusses der extremen Partei, die nicht Willens ist, sich in die Welt zu schicken. Auf dem Standpunkt dieser tapferen und kriegerischen Partei steht das Centrum. Die Zeichen trügen kaum, daß in der katholischen Kirche die Partei der Intransigenten, die, gestützt auf den wirklichen absoluten Anspruch ihres Glaubens und ihrer Kirche keine Rücksicht auf die Welt nehmen will und fast Alles verlangt, noch lange am Ruder sein wird. Das sind für die nächste Zukunft böse Aspecten. Indessen so bleiben kann es nicht, das liegt in die Nothwendigkeit der Dinge. Es muß in der katholischen Kirche die andere Partei zur Herrschaft kommen, die nicht weniger katholisch ist, als die jetzt herrschende, die aber in dem einen Punkt abweicht: sie hält zwar ihre Prinzipien fest, wenn sie aber die Unmöglichkeit einsieht, daß diesen Prinzipien genügt werden kann, so kommt sie zu der Ansicht, daß man sich doch manches gefallen lassen muß, was man nicht ändern kann. Man kämpft tapfer so lange, als man etwas zu erreichen hofft, schließlich aber verträgt man sich mit den unvollkommenen Verhältnissen der Welt. Die uns vorliegenden Eingaben der Domcapitel berufen sich auf den Westphälischen Frieden, trotzdem er in einer päpstlichen Bulle vom 3. Januar 1651 verdammt ist. Wer hindert denn, zu hoffen, daß eine Zeit kommen wird, wo künftige Domcapitel sich auf die Maigesetze berufen werden, wie die heutigen Domcapitel auf den vom Papst verdammten Westphälischen Frieden? (Heiterkeit.)

Abg. Baudri: Als Grund dieses Gesetzes wird angeführt einmal die Auflehnung der Geistlichkeit gegen die Staatsgesetze und zweitens der drohende Nothstand in den Gemeinden. Das Wort Auflehnung spricht man so leichtfertig aus, obschon es durchaus nicht zutrifft. 1848, als der Völkerfrühling mit Stürmen hereinbrach, da waren es die Bischöfe, welche das Volk zum Gehorsam ermahnten. Damals nannte man sie Reactionäre, heut nennt man sie Revolutionäre. Und doch haben sie auch nicht den geringsten Widerstand der Ausführung der Gesetze entgegengestellt. Auf diesem Wege der Gewalt und Verleumdung kommen wir nicht zum Ziel der Verständigung. Was dann das zweite Motiv dieses Gesetzes betrifft, so ist nicht zu verkennen, daß jetzt schon ein Nothstand der Gemeinden vorhanden ist. Und doch waren noch nicht diese Gesetze in Geltung, welche an Schärfe die Maigesetze noch überbieten. Redner erwähnt sodann die Worte der Thronrede von 1867, wonach für die Würde und Unabhängigkeit des Papstes seitens der preußischen Regierung Schutz versprochen wurde. Wie treffen diese Worte mit dem neulichen Ausspruch des Cultusministers zusammen: „Unser Kampf gilt Rom!" Und dieser Kampf soll mit der Errichtung einer National- und Staatskirche enden. Allein diese Hoffnungen sind trügerisch. Das Volk und der Clerus hält fest am Glauben und am Papst, die Zahl der Abtrünnigen ist eine äußerst geringe. (Beifall im Centrum.)

Von Windthorst (Meppen) wird jetzt der Antrag eingereicht, das Gesetz an die Commission zur Berathung und Berichterstattung darüber zurückzuverweisen, welche Verfassungsänderungen der Annahme desselben vorangehen müssen. In der Specialdiscussion über § 1 motivirt Abg. Windthorst seinen Antrag mit Hinweis darauf, daß das Gesetz gegen die verfassungsmäßig garantirte Unverletzlichkeit des Eigenthums durch Confiscation von Kirchengut verstoße, ferner gegen Artikel 15 und 18 der Verfassung,

von denen der erste die Selbstständigkeit der Kirche, der zweite die Aufhebung des Ernennungs- und Bestätigungsrechtes des Staates ausspreche. Somit müsse der Annahme des Gesetzes eine Verfassungsänderung vorangehen. — Der Antrag Windthorst wird abgelehnt. (Dafür das Centrum und die Polen.) — Sämmtliche Paragraphen des Gesetzes werden ohne Discussion angenommen. In der Schluß-Abstimmung, welche auf Antrag des Centrums eine namentliche ist, wird das ganze Gesetz mit 257 gegen 95 Stimmen genehmigt.—

Dritte Berathung des Gesetzes wegen Declaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. Windthorst (Meppen) beantragt, diesen Gesetzentwurf, ebenso wie den erledigten, an eine Commission von 21 Mitgliedern zur Berathung und Berichterstattung darüber zu verweisen, welche Veränderungen der Verfassung der Annahme desselben vorhergehen müssen. — Zur Generaldiscussion verlangen 8 Redner das Wort, 2 (Tiedemann und Virchow) für die Vorlage. Die Bänke des Hauses leeren sich rasch. — Abg. Dr. Lieber versucht es die vom Abg. v. Sybel verlesenen Citate aus den Schriften Bellarmin's, Mariana's 2c. anders zu interpretiren, und stellt ihnen ähnliche aus den Schriften des Hugo Grotius, Puffendorff's und Melanchthon's entgegen. Dann bestreitet er die Behauptung v. Sybel's, daß das Patronat aus den Zeiten des Investiturstreites herstamme. Dann protestirt Redner dagegen, daß der Papst den westphälischen Frieden als solchen verdammt habe; die Verdammung richte sich nur gegen den darin enthaltenen Satz: cujus regio, ejus religio. — Die Abgg. Tiedemann und Virchow verzichten auf das Wort. — Abg. v. Loë: Ein Gesetz, welches den Geistlichen ihre Qualification für ihr Amt vorschreiben will, ist für die katholische Kirche unannehmbar. Haben denn die Apostel und der heilige Petrus erst Staatsexamina abgelegt, als sie das Christenthum lehrten? (Heiterkeit.) Die Kirche hat eine höhere Aufgabe, als der Staat; (Widerspruch links) dem Staat geht alle und jede Befugniß ab, in inneren oder äußeren Dingen der Kirche Vorschriften zu machen. Man hat die Regierung des Kirchenstaates die elendeste der Welt genannt; wenn wir nur so wenig Steuern zu zahlen brauchten, wie im Kirchenstaate gezahlt wurden. (Stimme: Peterspfennig!) Ich glaube, daß Mancher in Preußen wünschte, wir hätten in Bezug auf Militärverhältnisse die Zustände des Kirchenstaates. (Große Heiterkeit.) Vor zehn Jahren hat Jemand gesagt: in Baden wird auf die katholische Kirche mit Musketen geschossen, in zehn Jahren wird in Preußen auf sie mit Kanonen geschossen werden. Dies Wort ist in Erfüllung gegangen. (Ruf: Wo sind die Kanonen?) Leider sind die Katholiken in ihrem Kampf für Christenthum, Autorität und Freiheit von allen ihren Freunden verlassen. Aber sie werden dem Kaiser ihr Gewissen nicht opfern und betrachten die Kirchengesetze nicht als rechtsverbindlich. — Der Antrag Windthorst wird abgelehnt. Zu Art. 1 erhält der Abg. v. Gerlach das Wort und behauptet es auch eine Zeitlang gegen die Unruhe des Hauses und die dringenden wiederholten Mahnungen des Präsidenten v. Bennigsen, über Art. 1 zu sprechen, bis er sich gezwungen sieht, die Tribüne zu verlassen und der Abg. v. Mallinckrodt selbst den Schluß der Discussion beantragt. Darauf wird das Gesetz in allen seinen Artikeln und im Ganzen angenommen. — Nächste Sitzung Montag.

Danzig, 11. Mai.

* Wie wir hören, ist dem Abkommen, welches die städtischen Behörden mit den Besitzern der Häuser Fischmarkt No. 12—21 getroffen haben, nach welchem von dem Abbruch der Vorbauten dieser Grundstücke Abstand genommen und das Vorbauterrain den Hausbesitzern zu Eigenthum überlassen werden sollte, von der Kgl. Regierung die Bestätigung versagt worden.

* Bekanntlich war von der K. Direction der Ostbahn beabsichtigt, auf dem Bahnhof am Legethor unweit der der Holzschneide- und der Mottlauergasse zugewendeten Grenze des Bahnhofs-Etablissements einen umfangreichen Güter-Schuppen zu erbauen. Auf den hiergegen von dem Magistrat erhobenen Einspruch hat sich die Bahnverwaltung bereit erklärt, von dem Project abzustehen und den Güter-Schuppen auf dem ihr gehörigen Terrain auf der Speicher-Insel zu errichten, wenn die Commune in die Zuschüttung des sogenannten Trennungs-Grabens d. h. desjenigen Canals, welcher gegenüber dem Bahnhof neben der Thorn'schen Gasse hingeht und die Verbindung der neuen mit der alten Mottlau vermittelt, willigt. Da an dem Bestehen des Trennungs-Grabens nur einzelne Grundstücksbesitzer ein Interesse haben möchten, so scheint es, als ob Aussicht vorhanden sei, daß der Vorschlag der K. Direction zur Annahme gelangen könne.

* Diejenigen Hauseigenthümer, welche gegen die Stadtgemeinde deshalb klagbar geworden waren, daß ihnen durch den Magistrat das ihnen bisher gewährte Wasser der Radaunenleitung vorenthalten werde, sind durch die gleichlautenden Erkenntnisse 1. und 2. Instanz mit ihren Ansprüchen auf Fortgewährung des Wassers abgewiesen worden.

* Man hört vielfach, namentlich in den ärmeren Schichten der hiesigen Bevölkerung, darüber klagen, daß Reclamationen gegen die städtische Einkommensteuer deshalb zurückgewiesen werden, weil die gesetzliche Reclamationsfrist nicht gewahrt sei. Da hier nicht, wie es in andern Städten geschieht, die Einschätzung jedem Censiten durch besondere Zuschrift bekannt gemacht, sondern nur durch das „Intelligenzblatt" zur Einsicht der Steuer-Rollen allgemein aufgefordert wird, so sind die armen Leute, die nicht das „Intelligenzblatt" lesen, übel daran, und es wäre zu wünschen, daß die früher bestandene seit einigen Jahren aufgehobene Einrichtung der schriftlichen Benachrichtigung wieder eingeführt würde.

* Der „Reichs-Anzeiger" publicirt das Reichs-Militärgesetz vom 2. Mai c.

* Die Corvetten-Capitäns Livonius, Weichmann, Gr. v. Monts, v. Wickede, Ulffers und Frhr. v. Schleinitz sind zu Capitäns zur See befördert.

* Der neuen Straße, welche Langgarten mit der Niederstadt verbindet, ist zu Ehren des Herrn Oberbürgermeisters v. Winter der Name „Winter-Straße" beigelegt worden.

‡‡ Mittelst eines Dampfers sind in diesen Tagen aus renommirten englischen Fabriken eine Menge großer landwirthschaftlicher Maschinen, vorzugsweise Lokomobilen, Säe- und Dreschmaschinen, für Rechnung der Herren Muscate und Teplitz, hier angelangt, um auf umfangreichen Gütern unserer Provinz ihre Verwendung zu finden. Da das enorme Gewicht der Ladung den Tiefgang des betreffenden Schiffes bedeutend vergrößert hatte, so daß eine Fahrt in der Mottlau bedenklich erschien, auch das Anlegen beim Packhof Hindernisse dargeboten hätte, so wurde der Dampfer vor Strohdeich gelöscht und die Maschinen einzeln auf Prähmen nach dem Krahnthor geschafft, um heute von hier aus an Land befördert ihrem Bestimmungsorte zugeführt zu werden. Es ist übrigens erfreulich, daß sich mehr und mehr Gutsbesitzer entschließen, in ihren Wirthschaften Maschinen zu verwenden; vorzugsweise hat dieselben wohl der hervortretende Mangel an ländlichen Arbeitern zu diesem Entschluß geführt. Mit dem erwähnten Dampfer sind gleichzeitig 10 englische Zuchtbullen hier angelangt.

m. [Selonke's Theater.] Das durch die Gäste hauptsächlich veranlaßte reichhaltige Programm hatte gestern ein so zahlreiches Publikum herangezogen, daß das Haus vollständig ausverkauft war. Die beiden Damen Miß Zoë und Miß Lili leisten Großartiges und hier auch wohl noch nicht Gesehenes. Der „Flug durch die Luft" mit verbundenen Augen von einem zum andern Ende des Saales wird trotz der Lebensgefährlichkeit mit der größten Sicherheit ausgeführt. Der Spatentanz des Engländers Mr. Devlin ist ebenfalls neu und wurde trefflich executirt, während die Soubrette Miß Minnie Clyde in ihrem Genre durch gewandten Vortrag das Publikum erfreut. Von den Theaterstücken ist das Charakterbild mit Gesang „Hansjürge", von Holtei hervorzuheben. Hr. Engelhardt gab die Titelrolle recht wirkungsvoll und charakteristisch, Frl. Block spielte die „Anne" mit Verständniß, der „Jäger" des Hrn. Dietz wurde brav durchgeführt, auch der „Vater Born" des Herrn Schulz ist anzuerkennen, während Fr. Khayda (Marthe) wegen Indisposition nicht zur Geltung kam. — Der „Kapellmeister" des Hrn Cintura fand wieder sehr beifällige Aufnahme. — Von den beiden neu engagirten Balletttänzerinnen Ida und Anna Emden erregte namentlich die Letztere durch ihre graciöse und lebendige Leistung Interesse. Die unter der Leitung des Kapellmeisters Herrn Laudenbach brav ausgeführten Concertpiecen finden immer großen Beifall.

* In der am Freitag den 8. Mai cr. stattgehabten monatlichen Comitésitzung des hiesigen Armen-Unterstützungs-Vereins sind 552 Unterstützungsgesuche eingegangen, von denen 31 abgelehnt und 521 bewilligt wurden. Die Beschaffungskosten der von diesem Verein an seine Armen pro Mai cr. zur Austheilung kommenden 1892 Stück Brode, 175 Pfd. Caffee, 175 Pfd. Cichorien, 1656 Pfd. Mehl, 3 Jacken, 4 Paar Hosen, 14 Hemden, ein Paar Strümpfe 2 Paar Schuhe, 8 Paar Holzpantoffeln und 2 Bettbezüge, belaufen sich auf 355 Rp. 12 Sgr.

* Dem Elementarlehrer Plog zu Neufahrwasser ist das Zeugniß der Befähigung zur Leitung der gymnastischen Uebungen an öffentlichen Unterrichtsanstalten ertheilt worden.

* Der Kreisrichter und Abtheilungs-Dirigent Göritz zu Neustadt Westpr. ist zum Kreisgerichts-Rath ernannt.

** Marienburg, 9. Mai. Die Stadtverordneten genehmigten gestern einstimmig die Vorlage des Magistrats, nach welcher die Stadt für die hier zu begründende mittlere landwirthschaftliche Schule, in der Voraussetzung die Garantie übernimmt, daß die Staatsregierung eine jährliche Subvention von Dreitausend Thalern bewilligt. Gedachte Schule, für welche ein großes Bedürfniß in der ganzen Provinz vorhanden ist, dürfte außerordentlich prosperiren, zumal dann, wenn, wie man hofft, seitens des Kriegsministers die Berechtigung ertheilt wird, daß die Abiturienten als Einjährige bei der Armee eintreten dürfen. Für die Eröffnung dieser Schule ist vorläufig der 1. October d. J. in Aussicht genommen.

⊙ Schlochau, 10. Mai. Im hiesigen Wäldchen wird am 20. d. M. eine Thierschau abgehalten werden, wozu Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Federvieh, landwirthschaftliche Maschinen und Handwerkszeuge, Sattler- und Seilerwaaren zur Ausstellung angenommen und nach dem festgesetzten Programm prämiirt werden. Anmeldungen dazu sind bereits recht zahlreich hier eingelaufen.

* Dem Lehrer v. Wysocki zu Lesno im Kreise Conitz ist der Adler der Inhaber des K. Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen worden.

⊻ Aus der Provinz, 10. Mai. Bei Gelegenheit der Ovation, welche eine Anzahl Katholiken aus Danzig am 3. Mai dem Bischof v. d. Marwitz in Peplin darbrachte, sprach dieser unter Anderem die Worte: „Wie er als junger Mann zur Vertheidigung des Vaterlandes die Waffe ergriffen habe, so werde er auch heute für die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche bis zum letzten Hauche kämpfen." Selbstverständlich hat diese Aeußerung den Polen nicht besonders gefallen, indem in derselben von dem preußischen Vaterlande, welches die Polen nicht als das ihrige anerkennen, die Rede ist. Die „Gaz. Tor." meinte daher, indem sie über jene Ovation berichtete, „wenn auch die ganze Sache sehr schön sei, so könne sie doch zu einem Punkte ihr Aber sagen". Deutlicher drückt sich der Posener „Wiarus" aus. Er sagt: „Er könne dem Bischof keinen Vorwurf daraus machen, daß er sich als preußischer Patriot (?) fühle. Es sei dies aber ein neuer Beweis, daß durchaus nicht Katholicismus und Polenthum mit einander identisch seien (wie dies stets die ultramontanen polnischen Blätter behaupten). Gebe es aber in dem Reiche, zu welchem die Provinz Posen gehöre, irgend einen Bischof, welcher sich so offen zum polnischen Patriotismus bekenne, wie der Culmer Bischof zum preußischen?! Und trotzdem rede man im gegenwärtigen Kampfe nicht von einem Bündniß zwischen der Kirche und der polnischen Nationalität, sondern nur von der Einheit der Kirche!" — Bei dem Feste, welches neulich in Jablowo zu Ehren des 50jährigen Bürgerjubiläums des Hrn. v. Jackowski gefeiert wurde, ist es nach den Berichten polnischer Zeitungen „trotz der traurigen Lage Polen's" recht heiter hergegangen. Unter Andern wurden auch lebende Bilder vorgeführt, darstellend: 1) die Theilung Polen's, wobei Polen am Kreuze hing, und Friedrich d. Gr., Catharina und Maria Theresia sich in das Gewand Polen's theilten; ferner 2) den Kampf um die Zukunft Polens durch Arbeit und Intelligenz; 3) die Apotheke Polen's wobei ein Engel die Fesseln des auferstehenden Polen's brach und die Mutter Gottes segnete. Natürlich spielte bei dieser Feier auch das Lied: Noch ist Polen nicht verloren! eine bedeutende Rolle.

— An die bereits in unserer Provinz bestehenden städtischen Milchgenossenschaften zu Königsberg, Insterberg, Memel, Gumbinnen, Tilsit und Danzig schließt sich jetzt die erste ländliche Meiereigenossenschaft in Ostpreußen zu Langendorf im Wehlauer Kreise an, wie eine Schilderung ihres viermonatlichen Betriebes in der „Milchzeitung" darthut. Der Fabrikbetrieb basirt zur Zeit auf 450 Kühen und ist schon die Butter nach Berlin mit 40 Rp. und der Käse mit 10 Rp. 5 Sgr. der Centner auf 1 Jahr durchschnittlich abgeschlossen.

—k— Mohrungen, 10. Mai. Laut den amtlichen statistischen Zusammenstellungen sind im Jahre 1873 im Mohrunger Kreise 1) lebend geboren und zwar in der Ehe: 988 männl. und 971 weibl. Personen: außer der Ehe: 140 männliche und 170 weibliche. 2) Todtgeborene in der Ehe: 53 männliche und 42 weibliche; außer der Ehe: 5 männliche und 3 weibliche, außerdem sind an Zwillingspaaren 13 Knabenpaare, 5 Mädchenpaare und 10 gemischte Paare in Summa also 2428 Kinder geboren. 3) Gestorben: 1083 männliche und 979 weibl. Personen, davon waren unverheirathet: 676 männliche und 566 weibliche, verheirathet: 326 männliche und 237 weibliche, verwittwet: 75 männliche und 173 weibliche. Getraut sind worden 572 Paare.

Zuschrift an die Redaction.

In der vor einigen Tagen in diesem Blatte enthaltenen Besprechung über „die Credit-Institute Danzig's", welche den Zweck zu haben scheint, ein Fühler zu sein für den Vorschlag einer Vereinigung der Privatactienbank mit dem Bankverein (welchen sich die Actionaire der Privatactienbank gewiß sehr reiflich überlegen werden), ist keine Rede von einer Anzahl kleinerer Creditinstitute, welche mit den sogenannten, dem kaufmännischen Verkehr dienenden Großbanken weder concurriren können, noch wollen, aber nichts desto weniger in den letzten Jahren einen volkswirthschaftlichen Einfluß ausgeübt haben und Berücksichtigung verdienen, insofern jener Artikel durch seine Ueberschrift Anspruch auf Vollständigkeit zu machen scheint.

Es gehören zu diesen Instituten 1) die Hilfskasse des Gewerbevereins, 2) die Innungsvorschußkasse, 3) die Postsparkasse, 4) der Vorschußverein. Die drei erstgenannten bewegen sich innerhalb eng begrenzter Kreise, wie schon die Namen andeuten, der letztgenannte indessen, bei welchem der Eintritt Jedermann freisteht, überragt die anderen erheblich sowohl an Mitgliederzahl (1400), als an Umsatz (1873: 1¾ Millionen Thlr.) und dürfte daher ein allgemeineres Interesse beanspruchen.

Er wurde im Jahre 1865 von einer kleinen Anzahl, den verschiedensten Berufsklassen angehörenden Männer nach dem von Schulze-Delitzsch entworfenen Musterstatut gegründet und erwarb im Jahre 1867 durch Eintragung in das Genossenschafts-Register die Rechte einer juristischen Person. Er nimmt Depositen an und gewährt seinen Mitgliedern Vorschüsse bis zu 10,000 Thlr. Ueber die Gewährung der letzteren entscheidet ein aus 3 Mitgliedern bestehender Vorstand und ein aus 12 Mitgliedern bestehender Verwaltungsrath in gemeinschaftlicher Sitzung nach Stimmenmehrheit. Das Guthaben der Mitglieder, welches bei den Vorschuß-Vereinen die Stelle des Actien-Capitals vertritt, bestand ultimo 1873 in 46,000 Thlr., die Depositen in 113,000 Thlr. Dieses Capital war zum kleinsten Theil in Effecten (10,000 Thlr.) angelegt, während 51,000 Thlr. in laufenden Crediten, 117,000 Thlr. in Wechseln an ca. 700 Mitglieder ausgeliehen waren. Die Wechsel müssen statutenmäßig mindestens 2 Unterschriften haben, doch werden auch Waaren und Effecten lombardirt und bei den laufenden Crediten Cautions-Hypotheken als Sicherheiten verwendet. Die Garantie für die Mitglieder besteht in einem ca. 3500 Thlr. betragenden, aus Eintrittsgeldern und Gewinn-Ueberschüssen gebildeten Reservefonds, während die Sicherheit für die Deponenten eine ungemein größere ist, als sie von Actien-Gesellschaften überhaupt gewährt werden kann, denn nach § 9 des Genossenschaftsgesetzes haften sämmtliche Mitglieder solidarisch mit ihrem ganzen Vermögen für die Schulden der Genossenschaft und können sich dieser Haftbarkeit nach § 63 desselben Gesetzes erst zwei Jahre nach erfolgtem Austritt entziehen. Die höchste Dividende gewährte der Verein im Jahre 1866 mit 12%, die niedrigste im Jahre 1872 mit 6⅔%. Der Zinsfuß ist in der Regel 2% höher als bei der Kgl. Bank. Die Geldkrisen der Kriegsjahre 1866 und 1870 überstand die Genossenschaft ohne erhebliche Schwierigkeiten.

Abgesehen von mannigfacher Vermittelung des Geldverkehrs in unserer Stadt und unserem Kreise hat die Thätigkeit des Vorschuß-Vereins sich ganz besonders wirksam erweisen können bei Gelegenheit der Einführung der Wasserleitung und Canalisation, sowie auch der am 1. October 1873 in Kraft getretenen Bauordnung und es ist nicht zu viel behauptet, daß die schweren Einbußen, welche die Bürgerschaft durch diese Einrichtungen an Capital erlitten hat, ohne die Hilfe des Vorschußvereins für manchen weniger Bemittelten kaum zu ertragen gewesen wären. ††

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. Mai. Angekommen Abends 4½ Uhr.

		Crs.v.9.			Crs.v.9.
Weizen			Pr.4½%conf.	106	106
Mai	87 4/8	87	Pr. Staatsschldſ.	92 6/8	92 6/8
Mai-Juni	—	—	Wstp. 3½% Pfdb.	85 4/8	85 3/8
gelb. Mai	88 7/8	89	do. 4% do.	97 3/8	97 4/8
do. Sept.-Oct.	80 3/8	80	do. 4½% do.	101 5/8	101 7/8
Rogg. besser,			Danz. Bankverein	62 4/8	62
Mai	57 1/8	56 4/8	Lombardenſez.Cp.	82	83 1/8
Juli-August	56 6/8	56 2/8	Franzosen	189 3/8	190 4/8
Sptbr.-Octb.	56 1/8	55 7/8	Rumänier	44 5/8	44 7/8
Petroleum			Neue franz. 5% A.	—	95 4/8
Mai			Oester. Creditanst.	128	128 4/8
pr 200 ℔.	9 4/24	9 4/24	Türken (5%)	44 3/8	45 2/8
Rüböl Sp.-Oct.	19 5/8	19 7/12	Oest. Silberrente	66 6/8	66 6/8
Spiritus			Ruſſ. Banknoten	93	93
Mai-Juni	23 18	23 11	Oester. Banknoten	90 1/8	90 1/8
Sptbr.-Oct.	22 18	22 14	Wechſelcrs. Lond.	—	6.21 6/8

Ital. Rente 64 6/8.

Frankfurt a. M., 9. Mai. Effecten-Societät. Creditactien 224⅞, Franzosen 333. Wenig Geschäft, Creditactien sehr fest.

Hamburg, 9. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, beide auf Termine flau. — Weizen pr Mai-Juni 126℔. 1000 Kilo 258 Br., 257 Gd., pr Juni-Juli 126℔. 256 Br., 255 Gd., pr Juli-August 126℔. 252 Br., 250 Gd., pr August-September 126℔. 246 Br., 245 Gd. — Roggen pr Mai-Juni 1000 Kilo 178 Br., 177 Gd., pr Juni-Juli 176 Br., 175 Gd., pr Juli-August 172 Br., 171 Gd., pr August-September 170 Br., 169 Gd. — Hafer fest. — Gerste still. — Rüböl still, loco und pr Mai 57 Br., 56½ Gd., pr October pr 200 ℔. 59. — — Spiritus ruhig, pr 100 Liter 100% pr Mai-Juni 54½, pr Juli-August 56½, pr August-Sept. 57, pr Sept.-October 56½. — Kaffee unverändert, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum flau, Standard white loco 12,80 Br., 12,65 Gd., pr Mai 12,60 Gd., pr August-Dezbr. 13,50 Gd. — Wetter: Regen.

Bremen, 9. Mai. Petroleum matt, Standard white loco 12 Mk. 25 Pf. bez.

Amsterdam, 9. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr November 332. — Roggen pr Mai 209, pr Juli 202, pr October 197½.

London, 9. Mai. [Schluß-Course.] Consols 93 5/16. 5% Italienische Rente 65½. Lombarden 12¼. 5% Russen de 1871 100¼. 5% Russen de 1872 99¾. Silber 58⅞. Türkische Anleihe de 1865 46. 6% Türken de 1869 55¼. 6% Vereinigt. Staaten pr 1882 104. Oesterreichische Silberrente 67. Oesterreichische Papierrente 61⅜. — 6% ungarische Schatzbonds 2⅜ Prämie. — Platzdiskont 3¾ %. — Ruhig.

Nach Berichten aus Singapore vom gestrigen Tage waren dort große Quantitäten Zinn aus dem Innern eingetroffen.

Liverpool, 9. Mai. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 5000 Ballen. — Middling Orleans 8 7/16, middling amerikanische 8 5/16, fair Dhollerah 5⅝, middl. fair Dhollerah 5¼, good middl. Dhollerah 4⅞, middl. Dhollerah 4½, fair Bengal 4½, fair Broach 5½, new fair Domra 5⅞, good fair Domra 6 3/16, fair Madras 5¼, fair Pernam 8¼, fair Smyrna 6⅞, fair Egyptian 8. — Upland nicht unter low middling Juni-Juli-Lieferung 8 1/16, Mai-Juni-Lieferung 8 7/16 d.

Paris, 9. Mai. (Schlußcourse.) 3% Rente 59,52½. Anleihe de 1872 94,47½. Italienische 5% Rente 65,85. Ital. Tabaks-Actien 802,50. Franzosen 717,50. Lombardische Eisenbahn-Actien 310,00. Lombardische Prioritäten 249,50. Türken de 1865 45,80. Türken de 1869 272,50. Türkenloose 110,00. — Fest.

Paris, 9. Mai. Productenmarkt. Weizen behpt., pr Mai 37,75, pr Juli-August 34,50, Mehl ruhig, pr Mai 77,75, pr Juli-August 76,75. pr September-Dezember 67,50. Rüböl ruhig, pr Mai 78,50, pr Juli-August 80,25, pr September-Dezember 82,25. Spiritus ruhig, pr Mai 62,25. — Wetter: Bedeckt.

Antwerpen, 9. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behpt., dänischer 35¾. Roggen matt, Petersburg 22½. Hafer stetig. Gerste unverändert. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 30½ bez. und Br., pr Mai und pr Juni 30½ Br., pr September 34 Brief, pr September-Dezember 35 Brief. — Weichend.

Newyork, 9. Mai. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4D. 87½C., Goldagio 12⅜, 5/20 Bonds pr 1885 118¼, do. 5% fundirte 115⅜, 5/20 Bonds pr 1887 120½, Eriebahn 36⅛, Central-Pacific 95. Höchste Notirung des Goldagios 12¾, niedrigste 12⅜. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 18⅛, do. in New-Orleans 18. Petroleum in Newyork 14¼, do. in Philadelphia 14¼. Mehl 6D. 55C., Rother Frühjahrsweizen 1D. 63C., Kaffee 19, Zucker (Fair refining Muscovados) 7¾, Getreidefracht 10½.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 11. Mai.

Weizen loco matt, pr Tonne von 2000℔.

fein glasig u. weiß	127-133℔.	88-93 Rp Br.	79-89½ Rp bez.
hochbunt . . .	128-130℔.	88-91 Rp Br.	
hellbunt . . .	126-130℔.	86-89 Rp Br.	
bunt	124-128℔.	85-87 Rp Br.	
roth	128-133℔.	84-87 Rp Br.	
ordinär . . .	120-126℔.	74-81 Rp Br.	

Regulirungspreis 126℔. bunt lieferbar 85 Rp.
Auf Lieferung für 126℔. bunt pr Mai 86 Rp Br., 85½ Rp Gd., pr Juni-Juli 86½ Rp Br., pr September-October 82 Rp Br.

Roggen loco fest, pr Tonne von 2000℔. 120℔. 63 Rp, 121/2℔. 63½ Rp.
Regulirungspreis 120℔. lieferbar 60 Rp.
Auf Lieferung pr Mai 59 Rp bez., pr September-October 57 Rp Br.

Gerste loco pr Tonne von 2000℔. kleine 103℔. 64⅔ Rp, 105℔. 66 Rp.

Hafer loco pr Tonne von 2000℔. 52—62 Rp.

Rübsen loco pr Tonne von 2000℔. Sommer- pr Sept.-October 86½ Rp Br.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage 6.23¼ Br., 6.23¼ gem. Amsterdam, 10 Tage 142½ Gd., do. 2 Monat 142⅝ Gd. Belgische Bankplätze 2 Monat 80⅙ Br. 3½% Preuß. Staatsschuldscheine 92⅜ Gd. 3½% Westpreuß. Pfandbriefe, ritterschaftl. 85 Gd., 4% do. do. 97½ Gd., 4½% do. do. 102¼ Br., 5% do. do. 107 Br. 5% Danziger Schifffahrts-Actien-Gesellschaft 95 Br. 5% Danziger Versicherungs-Gesellsch. „Gedania" 95 Br. 5% Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 98 Br. 5% Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 99 Br. 5% Marienburger Ziegelei- und Thon-Waaren-Fabrik 100 Br.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 11. Mai 1874.

Getreide-Börse. Wetter: sehr schön und warm. Wind: West.

Weizen loco verkehrte am heutigen Markte in matter Stimmung und kaum Sonnabendspreise waren zu bedingen, wie überhaupt die Kauflust sich nur sehr vereinzelt zeigte, 500 Tonnen wurden gekauft und sind außerdem noch 100 Tonnen gestern gehandelt worden. Bezahlt ist für Sommer- 130℔. 85 Rp, roth 125℔. 84 Rp, bunt 123℔. 83 Rp, hellbunt 125℔. 85, 85½ Rp, 126, 128/9℔. 86½ Rp, hochbunt und glasig 126, 127/8℔. 86⅔, 87½ Rp, weiß 127/8℔. 89½ Rp pr Tonne. Termine fest gehalten, 126℔ bunt Mai 86 Rp Br., 85½ Rp Gd., Juni-Juli 86½ Rp Br., September-October 82 Rp Br. Regulirungs-Preis 126℔. bunt 85 Rp Gekündigt nichts.

Roggen loco fest, 120℔. 63 Rp, 121/22℔. 63½ Rp pr Tonne bezahlt. Umsatz 25 Tonnen. Termine fest, 120℔. Mai 59 Rp bezahlt, September-October 57 Rp Br. Gekündigt nichts. — Gerste loco kleine 103℔. 64⅔ Rp, 105℔. 66 Rp pr Tonne. — Erbsen grüne große mit 58 Rp pr Tonne bezahlt. — Hafer loco russischer 52 Rp pr Tonne bezahlt. — Lupinen loco blaue 30 Rp pr Tonne. — Wicken loco 48 Rp pr Tonne. — Spiritus loco 22⅔ Rp bezahlt, blieb dann 23 Rp Gd.

Productenmärkte.

Königsberg, 9. Mai. [Spiritus.] Wochen-Bericht. (v. Portatius u. Grothe.) Spiritus setzte seine steigende Bewegung fort und Notirungen weisen am Schluß der Woche eine bedeutende Werthbesserung auf. Zufuhren genügten nicht dem Bedarf und die Termin-Offerten fanden rasche Nehmer. Bezahlt wurde Loco-Waare bis 23 5/12 Rp, Frühjahr und Mai-Juni bis 23 7/12 Rp, August bis 24⅛ Rp pr 10,000 % ohne Faß und bleiben dazu Nehmer.

Stettin, 9. Mai. Weizen pr Mai-Juni 86, pr Juni-Juli 85¾, pr Herbst 79¾. — Roggen pr Mai-Juni und pr Juni-Juli 55¾, pr Herbst 55. — Rüböl 100 Kilogr. pr Mai 17 7/12, pr Herbst 18⅔. — Spiritus loco 23 1/12, pr Mai-Juni 23⅓, pr Juni-Juli 23 5/12, pr August-September 23⅔ bez.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 8. Mai. (M. Loewenberg.) Gute und beste Marken schottisches Roheisen 54—60 Sgr. und englisches 43—46 Sgr pr 50 Kilogr. — Eisenbahnschienen zum Verwalzen 1⅚ bis 1 11/12 Rp, Walzeisen 4⅙—4¼ Rp und Kesselbleche 5½—6⅚ Rp pr 50 Kilogr. bei größeren Posten. — Gute Sorten engl. und amerikanisches Kupfer 29—30 Rp pr 50 Kilogramm, einzeln besser. — Zinn: Banca- 37 Rp und prima Lammzinn 35—35¼ Rp pr 50 Kilogramm, einzeln theurer. — Schlesischer Hütten-Zink gute und beste Marken 7¼—7¾ Rp pr 50 Kilogr. einzeln mehr. — Blei: Tarnowitzer, Harzer und sächsisches 7⅙ bis 7½ Rp pr 50 Kilogr., spanisches Rein u. Co. 8¼—8½ Rp pr 50 Kilogr., einzeln theurer. — Kohlen und Coaks unverändert, englische Nußkohlen nach Qualität bis 27 Rp pr 40 Hectoliter, schlesischer und westfälischer Schmelz-Coaks 17—25 Sgr pr 50 Kilogr. frei hier.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 9. Mai. Wind: NO.

Angekommen: Schütt, Ida, Faxoe, Kalksteine. Thun, Anna, Carlskrona, Steine.

Den 10. Mai. Wind: NNW.

Angekommen: Garrels, Gesina, Colberg, Ballast. Fäcks, Anna Alida, Faxoe, Kalksteine. — Hagenau, Max, Hamburg, Güter. — Jürgens, Sophie, Faxoe, Kalksteine. — Krenzin, Martha, Rügenwalde, Ballast.

Von der Rhede gesegelt: Mathiesen, Alpha, Ostsee, Heringe.

Retournirt: Spiegelberg, Alfred.

Gesegelt: Domke, Ida (SD.), London, Getreide.

Angekommen: Lange, Sophie, Warnemünde, Ballast. — Wegner, Courier, Malmoe; Köhler, Martha, Malmoe; beide mit Kalksteinen.

Den 11. April. Wind: W.

Angekommen: Christensen, Activ, Middelfahrt, Ballast. — Bethmann, Professor Schultze, Swinemünde, Kalksteine, bestimmt nach Pillau. — Scherlau, Erndte (SD.), Stettin, Güter.

Gesegelt: Marx, Stolp (SD.), Stettin, Holz und Güter. — Wermke, Ajax (SD.), Dordrecht, Holz.

Ankommend: 1 Tjalk, 1 Logger, 1 Ever.

Thorn, 9. Mai. — Wasserstand: 3 Fuß 10 Zoll.
Wind: NO. — Wetter: regnigt.

Stromab:

	Lst.	℔.	
Heise, Schönwitz, Block, Danzig, 1 Kahn,	2029	40	Weiz.
Butzner, Woldenberg, do., do., 1 do.,	1785	—	do.
Blum, Kalischer, Thorn, Bromberg, 1 do.,	1530	—	Rogg.
Rutkowski, Unruh, do., Culm, 1 do.,	1122	—	Rübs.
Schwartz, ders., do., do., 1 do.,	1377	—	do.
Klotz, Wollenberg, Plock, Thorn, 1 do.,	1581	—	Rogg.
Klotz, Wolffsohn, do., do., 1 do.,	2022	—	do.

Schrade, Rothenburg u. S., Pulawy, Schulitz, 6 Tr., 1725 Stück w. H., 1112 Eisenbahnschw.
Lüdecke, Rodemann, Granow, do., 6 Tr., 1436 Stück w. Holz, 872 Eisenbahnschw.

Berichtigung.
Die in der gestr. Ausgabe unserer Zeitung enthaltene Annonce, betr. „Papier-Chemisettes 2c." enthält in der Firma einen Fehler. Die Firma ist **R. Bisetzki & Co.,** Kalkgasse 6 (am Jacobsthor) und nicht S. Bisetzki, worauf auswärtige Besteller gefälligst achten wollen.

Redaktion, Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.